

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906**

22.6.1906 (No. 207)



# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 22. Juni.

№ 207.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Unberlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1906.

## Amtlicher Teil.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** sich unter dem 11. Juni d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Kanzleisekretär bei der Oberrechnungskammer Eduard Hauger das Verdienstkreuz vom Jähringer Löwen zu verleihen.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** unter dem 12. Juni d. J. gnädigst geruht, den Kanzleisekretär bei der Oberrechnungskammer Eduard Hauger seinem untertänigsten Ansuchen entsprechend unter Anerkennung seiner langjährigen treugeleisteten Dienste wegen vorgeschrittenen Alters und körperlicher Leiden in den Ruhestand zu versetzen.

## Nicht-Amtlicher Teil.

### Der griechisch-rumänische Konflikt.

Die italienische Regierung hat das Athenener Kabinett durch ihren Geschäftsträger in Athen am 17. d. M. in Kenntnis gesetzt, daß sie dem Wünsche des rumänischen Kabinetts entsprechend, den Schutz der rumänischen Staatsbürger in Griechenland übernimmt. In italienischen Regierungskreisen wird über die im Verhältnis beider Balkanstaaten zueinander eingetretene Verschärfung großes Bedauern geäußert. Zugleich wird der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Mächte, denen das italienische Kabinett sich anzuschließen bereit ist, die vom Grafen Soluchowski bereits in Aussicht gestellten Bemühungen zur Beilegung des Konfliktes eifrig fortsetzen werden, und der Erwartung, daß ihre vermittelnde Tätigkeit bei beiden interessierten Teilen das wünschenswerte Entgegenkommen finden wird.

Der Sammlung diplomatischer Aktenstücke über das griechisch-rumänische Zerwürfnis, welche der griechische Minister des Auswärtigen, Stufés, der Kammer unterbreitet hat, kommt angeführt der joben eingetretene Verschärfung dieses Zerwürfnisses ein erhöhtes Interesse zu. Wir lassen daher im nachstehenden eine Inhaltsangabe des uns vorliegenden „Weißbuches“ folgen:

Die ersten rumänischen Noten bringen Klagen über Verfolgung des macedo-rumänischen Elementes in Mazedonien durch griechische Banden und das ökonomische Patriarchat zum Ausdruck; die ersten griechischen enthalten Beschwerden über die Repressalien, die in Rumänien gegen daselbst befindliche Griechen in Anwendung gebracht wurden. Die die Zuspitzung des Zwistes markierende Note, in welcher Gesandter Lombazis seinen Abgang „mit Urlaub“ anzeigt, datiert vom 3. September 1905, diejenige mit der Gesandter Papiniu das gleiche seinerseits bekannt gibt, vom 11./24. September. Die erste vom gegenwärtigen Minister des Auswärtigen in Griechenland, Stufés, gezeichnete Note trägt das Datum vom 5. Januar 1906 und lenkt die Aufmerksamkeit der Mächte auf die in Rumänien erfolgte Schließung der griechischen Schulen.

Die nächstfolgenden Aktenstücke datieren aus der Zeit, wo es den Anschein hatte, daß der Zwist durch einen direkten Audentausch zwischen beiden Kabinetten sich viel leicht werde beilegen lassen, und wo infolgedessen eine Abnahme der Spannung eingetreten zu sein schien. Eine vom Minister Lahovary dem Generalkonsul Varkoffi übersandte Note vom 1. Februar erklärt, daß Griechenland und Rumänien „ont un intérêt politique de premier ordre à marcher d'accord dans la résolution des futurs problèmes qui naîtront fatalement dans la péninsule balcanique à une date qui peut même être rapprochée“; die rumänische Regierung mache Griechenland für die Vorgänge an der griechisch-türkischen Grenze nicht verantwortlich; sie glaubt aber, die griechische Regierung könne und sollte die hellenische Welt über das Interesse und den Nutzen aufklären, welchen dem Hellenentum eine freundschaftliche Haltung gegen die Rumänen in Mazedonien bieten würde.

Besonderes Interesse bietet eine Antwortnote des Ministers Stufés an die griechische Gesandtschaft in Paris vom 2. Februar, welche Aufschlüsse über einen vom russischen Kabinett im Oktober 1905 auf Grund des Artikels 3 der Haager Konvention gemachten An-

trag erteilt, eine Begegnung der Vertreter Griechenlands und Rumäniens in St. Petersburg unter Vorsitz des Grafen Lambsdorff zu veranlassen. „Ces pourparlers viseraient à élucider si il y a possibilité d'arriver à une solution amiable“ und „poser les bases d'une reconciliation“; so heißt es in der dem Athenener Kabinett diesbezüglich zugekommenen russischen Note. Ueber das negative Schicksal der russischen Anregung berichtet eine spätere russische Note nach Athen.

Ein Zirkular des Ministers Stufés vom 4. Februar lenkt die Aufmerksamkeit der Mächte auf einen in Bukarest erfolgten Angriff auf die griechische Gesandtschaftskapelle und die Ausweisung verschiedener griechischer Notabilitäten aus Rumänien.

Dem zweiten Teile des „Weißbuches“ ist der Umstand zu entnehmen, daß Griechenland in Bukarest vorlagene ließ, die Entscheidung des Streitfalles betreffend die Ründbarkeit oder Unründbarkeit des Schlußprotokolls zum rumänisch-griechischen Handelsvertrage von 1900, welcher rumänischerseits gekündigt worden war, dem Haager Schiedsgericht zu übertragen. Dieser Vorschlag wurde mit Note des Ministers Lahovary an Minister Stufés vom 3. Februar (21. Januar a. St.) abgelehnt. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß jener Streitfall nur einen Punkt in einer ganzen Reihe von Differenzen bildet; Rumänien könne nicht zustimmen, daß gerade ein Griechenland interessierender Fall vor das Haager Schiedsgericht gebracht werde, während Rumänien in den anderen Teilen der Frage eventuell keine Satisfaction erhielt.

### Schulgesetzgebung und Verfassungsreform.

— Stuttgart, 20. Juni.

Die Presse des Zentrums macht Anstrengungen, die Kammer der Ständeherrn zu veranlassen, daß sie die Verfassungsrevision doch noch scheitern lasse; es wird die „Verantwortung“ der Ständeherrn angerufen gegenüber schwerwiegenden Folgen, welche die Verfassungsrevision auf dem Schulgebiet haben müsse, und es wird die Verwerfung der Reform gefordert als einer Konsequenz jener Abstimmung vom 8. Juni 1904, mit welcher die Erste Kammer die damalige Schulnovelle bzw. deren Bestimmungen über die sachmännliche Schulaufsicht abgelehnt hat. Einen Zusammenhang zwischen Schulpolitik und Verfassungsrevision hat neuerdings auch die Abgeordnetenkammer in ihrem Beschluß vom 16. Juni 1904 geknüpft. Wenn aber damals das Zentrum — mit Recht — dieser Veroppelung beider Materien entgegengetreten ist, so sollte es nicht jetzt selbst des einst an den Gegnern getadelten Verfahrens bedienen. Die Verfassungsrevision ist nicht nur die viel ältere, sie ist auch die viel größere und umfassendere Frage. Sie muß nach den Gesichtspunkten beurteilt werden, die in ihr selbst liegen und die weit hinausreichen über die Bedeutung, die irgend eine in absehbarer Zeit in Württemberg mögliche Aenderung auf dem Schulgebiet erreichen kann. Die Bemühungen, die Schulpolitik der Verfassungsfrage überzuordnen, sind denn auch mit unheilvollen Uebertreibungen verbunden. Vom „Ende der christlich-konfessionellen Volksschule in Württemberg“ ist auch am fernsten Horizont kein Anzeichen zu entdecken. Jedenfalls aber bietet auch die umgestaltete künftige Erste Kammer eine vollkommene Schutzwehr gegen alle radikalen Schulexperimente. Wenn die dormalige Erste Kammer im Jahre 1904 dem so vorsichtig abgewogenen Aenderungsvorschlag der Regierung ein principis obsta entgegenzusetzen zu sollen glaubte, so liegt kein Grund vor, hierüber mit ihr jetzt wieder zu rechten. Aber etwas ganz anderes wäre es doch, wenn sie über dieser Frage alle anderen politischen Erwägungen zurückstellen, wenn sie das Land lieber all den Gefahren erbitterter, stürmischer Verfassungskämpfe aussetzen als abwartend der Möglichkeit einer schulpolitischen Aenderung entgegensehen wollte, mit der sich in anderen deutschen Bundesstaaten sogar das Zentrum abzufinden gewußt hat. Kommt ein Vorschlag bezüglich der Schulgesetzgebung aufs neue an die Stände, so hat dabei auch die künftige Erste Kammer und in ihr das nach wie vor höchst einflußreich bleibende standesherrliche Element immer wieder eine gewichtige Stimme. Würde dagegen die Verfassungsrevision scheitern unter Umständen, die das jetzt von der Zentrumspresse hereingeworfene Motiv als das beherrschende vernunten ließen, so würden gerade damit die schulpolitischen Fragen zum bleibenden Mittelpunkt der politischen Kämpfe gemacht und so den

radikalen Strömungen, denen man einen Damm entgegenzusetzen gedächte, geradezu vorgearbeitet. Wenn die Ablehnung der letzten Schulnovelle eine gewisse Erregung im Lande hervorgerufen hat, so geschah es nicht, weil diese oder andere Schulfragen die Gemüter leidenschaftlich in Anspruch genommen hätten, sondern ausschließlich wegen der konfessionellen Zusammenhänge, die man — ob mit Recht sei dahingestellt — hinter jener Ablehnung geküht hat. Der Zentrumsführer Gröber hat dieser Tage in der Kammer ausgesprochen: wenn die Verfassungsrevision zu Stande kommen sollte, so sei ihm der einzige Trost das, daß dann künftig eine „konfessionelle Hege“ gegen die Erste Kammer unmöglich gemacht werde. Spalte sich da dem Zentrum nicht auch der Gedanke nahelegen, daß mit der Ausschaltung konfessionellen Argwohn gerade auch die Schulfragen wieder in ruhigere Bahnen gelenkt und daß sie vor allem wieder auf einen Boden gestellt werden, wo beide Konfessionen, wenn es notwendig werden sollte, einen gemeinsamen Abwehrkampf gegen radikale Annahmen zu führen vermögen?

Am bedauerlichsten sind die Artikel der Zentrums- presse, von denen hier die Rede ist, unter dem Gesichtspunkt, daß sie auf ein etwaiges Festhalten der Ersten Kammer an diesem oder jenem ihrer ersten Beschlüsse zum Verfassungsgefes ein falsches Licht zu werfen geeignet sind. Und vielleicht ist gerade das der eigentliche Zweck dieser Artikel — die Erste Kammer hat sich durch Präferörterungen stets wenig beeinflussen lassen —, daß durch dieselben bei der Zweiten Kammer der Argwohn rege gemacht werden soll, die Erste Kammer verbarre nur deshalb auf einem von der Abgeordnetenkammer vorerit nicht angenommenen Verlangen, um im Sinne dieser Zentrumseinflüsterungen das Verfassungsverk auf ein totes Geleise zu bringen. Eine rein objektive Würdigung der Beschlüsse, die etwa von der Ersten Kammer wieder zurückkommen, ist am besten geeignet, durch alle solche Berechnungen einen Strich zu machen.

### Bezirkstag-Neuwahlen.

— Straßburg, 20. Juni.

Im Laufe dieses Sommers haben hier Neuwahlen für die drei Bezirkstage stattzufinden, und zwar scheidet ein Drittel der gegenwärtigen Mitglieder aus. Die Mitglieder der Bezirkstage werden nämlich auf neun Jahre gewählt und alle drei Jahre zu einem Drittel erneuert. Bei Neubildungen der Bezirkstage wird durch das Los festgesetzt, in welcher Reihenfolge die Mitglieder auszuscheiden haben. Da nun 34 von den 58 Mitgliedern des Landesausschusses durch die Bezirkstage aus ihrer Mitte ernannt werden, so scheint sich den bevorstehenden Bezirkstagswahlen, deren Datum übrigens noch nicht bestimmt ist, diesmal eine um so größere politische Aufmerksamkeit zuwenden zu wollen, als das politische Leben hierzulande überhaupt seit den letzten Jahren einen stärkeren Pulsschlag bekommen hat und demnach die verschiedenen Parteien im Lande bei den Bezirkstagswahlen, die nach dem allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrecht erfolgen, einsetzen und versuchen wollen, sie nach politischen Gesichtspunkten und Programmen hin durchzuführen, um dann auch die späteren Landesausschuwahlen mehr im Sinne von politischen Parteirichtungen gestalten zu können. Ob es dem Aufmarsch der Parteien, wie er sich gegenwärtig in der Presse und in Versammlungen geltend macht, und insbesondere auch in der gesteigerten Agitation zur Gewinnung der elsäß-lothringischen Merkale für das Zentrum bemerkbar wird, gelingen dürfte, die auscheidenden alten Mitglieder in nennenswerter Zahl aus den Bezirkstagen zu verdrängen und durch neue Männer von mehr ausgesprochenem politischer Färbung zu ersetzen, ist eine Frage, die nur die Zukunft entscheiden kann und worüber zu orakeln völlig müßig wäre. Nicht zu übersehen ist jedoch, daß bei den Bezirkstagswahlen immerhin persönliche Einflüsse und lokale Interessen stark mitwirken und mitwirken müssen. Denn wie die Bezirke zwischen den Gemeinden und dem Staat als die einzigen mit korporationsrechten ausgestatteten Verbände stehen und somit der Bezirk gleichzeitig eine Verwaltungsabgrenzung im Staatsgebiete und eine juristische Person des öffentlichen Rechtes ist, so sind die Angelegenheiten, die in den Kreis der Befugnisse des Bezirkstages fallen, vornehmlich solche des Bezirks als eines Selbstverwaltungskörpers. Eigentliche politische Interessen haben die Bezirkstage nicht wahrzu-

(Mit einer Landtagsbeilage.)



nehmen. Demgemäß lassen sich die Wählermassen bei den allgemeinen Wahlen für diese doch überwiegend von anderen Gesichtspunkten leiten, als etwa bei den allgemeinen Wahlen zum Reichstage.

Wenn nun ein Mitglied des Bezirkstages, das zugleich dem Landesauschuss angehört, jetzt ausscheidet und sich einer Neuwahl für den Bezirkstag unterziehen muß, so erlischt dadurch sein Mandat zum Landesauschuss nicht ohne weiteres. Wird er wiedergewählt, so bleibt er einfach Mitglied des Landesauschusses, denn es wird eine Kontinuität des Mandats angenommen. Wird er nicht wiedergewählt, dann freilich ist auch sein Landesauschussmandat erloschen, denn der Bezirkstag wählt die Mitglieder zum Landesauschuss aus seiner Mitte. Ein vom Bezirkstag gewähltes Mitglied des Landesauschusses muß also stets auch Mitglied des Bezirkstages sein.

### Der Ausbau der amerikanischen Seeresorganisation.

Das Seeresorganisationsgesetz vom Jahre 1901 hatte dem Präsidenten der Vereinigten Staaten das Recht zugestanden, die Friedensstärke der Armee alljährlich in den Grenzen von 58 000 bis 98 000 Mann festzusetzen, und demzufolge war das Heer seit der Niederwerfung des Philippinenaufstandes jedes Jahr auf die Stärke von rund 60 000 Mann normiert worden — nach dem Jahresbericht von 1905 genau 3750 Offiziere und 56 064 Mann. Seitdem aber auch die Union sich zur Errichtung eines Generalstabes entschlossen hat und diesem die Prüfung und Ordnung aller die Landesstreitkräfte betreffenden Angelegenheiten zugefallen ist, wird jene Friedenspräsenz von 60 000 Mann als alleiniger Kern der Wehrmacht im Falle eines Krieges für nicht ausreichend erachtet und eine wesentliche Verstärkung und schlagfertiger Organisation der Armee gefordert. Demzufolge hatte die dritte Abteilung des Generalstabes einen Plan ausgearbeitet, nach welchem zwar die reguläre Armee, wie bisher, auf Friedensfuß nur 60 000 Mann stark bleiben soll, aber zusammen mit einer neu zuformierenden regulären Reserve von 50 000 Mann das Feldheer erster Linie bilden sollte, über welches der Präsident der Republik zu Kriegzeiten selbständig verfügen könne. Außerdem sollte noch eine Nationalreserve von 100 000 Mann aus solchen Bürgern aufgestellt werden, die nicht Soldaten waren, wohl aber den Militärdienst bis zu einem gewissen Grade als Freiwillige in der Miliz oder in Militärfachschulen kennen gelernt hatten, und schließlich sollte noch eine organisierte Miliz von 50 000 Mann für die Landesverteidigung eingerichtet werden, jedoch mit der Einschränkung, daß diese beiden letzten Seeresbestandteile von zusammen 150 000 Mann nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Kongresses ins Feld geschickt werden dürften. Wie verlautet, hat sich jedoch der Kongress mit der Aufstellung dieser großen Armeereserven von 150 000 Mann vorderhand nicht einverstanden erklären können, zunächst aus dem Grunde nicht, weil es unmöglich sei, die dazu erforderliche Zahl von Offizieren für die reguläre Reserve und die gleichzeitig geforderte Nationalreserve aufzubringen. Außerdem aber wurde geltend gemacht, daß in erster Linie die weit wichtigere aber sehr kostspielige Reorganisation der Artillerie durchgeführt werden müsse, die nicht nur im Interesse der erhöhten Anforderungen an den Küstenschutz, sondern auch zur Aufbesserung der Lage bei der Feldartillerie dringend geboten erscheine. Bis jetzt bilden nämlich Festungs- und Feldartillerie in Amerika ein einziges geschlossenes Korps mit einem gemeinsamen Chef an der Spitze, und die Anforderungen, die aus diesem Zusammenhang der Waffe an die Kenntnisse aller Artillerieoffiziere gestellt wurden, sind derart gesteigert, daß die Leistungen des einzelnen erklärlicherweise darunter leiden müssen. Auch macht sich die mangelhafte Gliederung der Feldartillerie, die nur den Batterieverband kennt, immer nachteiliger geltend, und endlich genügen weder Feld- noch Küstenartillerie der Zahl nach, um im Kriegsfall alle Posten zu besetzen oder sämtliche Aufgaben zu erfüllen. Aus allen diesen Gründen ist für die Zukunft die Gliederung der Küstenartillerie in der Art vorgezogen, daß ihr nur noch die gesamten Land- und Küstenbefestigungen einschließlich der Seeminen- und Torpedoanlagen einschließen. Den Befehl führt ein Chef der Küstenartillerie, dem nach erfolgter Verstärkung des Korps um 5000 Mann 170 Kompanien unterstellt sein werden. Die Feldartillerie, zu der die leichte, reitende, Belagerungs- und Gebirgsartillerie gehören werden, wird zwar selbständig gemacht, erhält aber keinen besonderen Chef. Im ganzen werden mit einem Zuwachs von 1500 Mann 6 Regimenter errichtet, jedes Regiment aus 2 Bataillonen zu je 2 Batterien.

Nachdem also, wie gesagt, der Gedanke der Aufstellung einer großen Armeereserve zunächst die Zustimmung des Parlaments nicht gefunden hat, ist nur die Bildung einer regulären Reserve von 50 000 Mann übrig geblieben. Sie soll, wie sich der betreffende Gesetzesentwurf ausspricht, in erster Linie zur Küstenverteidigung verwendet und aus solchen Leuten gebildet werden, die nach ehrenvollen Diensten aus der regulären Armee ausgeschieden sind und es während ihrer Militärpflicht bis zum Unteroffizier der Scharfschützen gebracht, aber das 40. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Sie werden auf die Dauer von fünf Jahren als Reservisten angeworben und je nach ihrer Charge mit 24, 28 oder 32 Dollar pro Jahr bezolgt. Dafür müssen sie sich verpflichten, während der Dauer dieser Reservistenzeit das Bundesgebiet niemals zu verlassen, und sich dem Kriegsministerium in jedem Mobilisationsfall zur Verfügung zu stellen. Sie

müssen es sich auch gefallen lassen, jährlich einmal zu einer zehntägigen oder alle zwei Jahre zu einer 15tägigen Übung einberufen zu werden. Endlich müssen sie im Kriegsfall ohne weiteres bei dem Truppenteil, dem sie zugeteilt werden, sich stellen, um nach Bedarf die reguläre Armee zu verstärken. Es sollen dann aus dieser ersten Reserve und dem stehenden Seere Depotbataillon e errichtet werden, und zwar je eines für jedes Infanterie-, Kavallerie- und Feldartillerieregiment, für die Ingenieure und das Signalkorps, und vier für die Küstenartillerie. Bei ihrer ersten Aufstellung werden diese Bataillone, deren Gliederung der eines Infanteriebataillons entspricht, als ein Stamm von Offizieren, Unteroffizieren und 80 Gemeinen formiert; sie sollen aber mit der Zeit auf den Etat von je 150 Mann gebracht werden. Die Offiziere für die Depotbataillone werden von den regulären Truppen abgegeben bzw. aus der Zahl der verabschiedeten Offiziere und der nach dem Gesetz wählbaren Persönlichkeiten genommen.

Ist ja auch mit diesen beiden organisatorischen Maßnahmen, der Reorganisation und Vermehrung der Artillerie und der Formation einer ersten Reservearmee, das Militärprogramm, das die leitenden Männer der nordamerikanischen Union entworfen haben und durchführen wollen nur zum Teil erledigt, so sind doch schon damit Fortschritte geschaffen, die der Armee sicherlich gute Dienste leisten werden.

### Arbeiterbewegung im Orient.

(Telegramme.)

Saloniki, 21. Juni. Die Arbeiter der großen hiesigen Dampfmaschine der Societe anonyme Ottomane Industrielle et commerciale (früher Fratelli Alattini) sind mit Ausnahme des Maschinenpersonals in den Ausstand getreten. Die seitens der Direktion gemachten Zugeständnisse wurden bisher von der meist aus Griechen bestehenden Arbeiterschaft nicht angenommen. Einige der Streikführer waren am 16. d. M. in Haft genommen worden, da man bei ihnen Waffen wahrgenommen hatte; infolgedessen zog am folgenden Tage die gesamte feiernde Arbeiterschaft vor den Konak und verlangte ihre Freigabe. Die Arbeiter der Firma Mair de Votton & Cie. (Zigarettenpapierfabrik) sind ebenfalls in den Ausstand getreten und gestatteten nur den Chefs den Eintritt in die Fabrik. Die Bewegung wird mit der starken Verteuerung aller Lebensmittel begründet. Die durch die Wirren im Innern hervorgerufene Schädigung der Landwirtschaft und Viehzucht macht sich jetzt erst in wachsendem Maße fühlbar. Die Ausfuhr von Schlachtvieh hat einen zu großen Umfang angenommen, indem die Herdenbesitzer mit Umgehung der Fleischsteuer das Vieh durch Zwischenhändler nach Ägypten verkaufen. Die Preise von Fischen und Gemüse wurden durch Manipulationen der Händler ganz enorm in die Höhe getrieben, ohne daß die Behörden dem Umfang steuern.

Kairo, 21. Juni. Da die Seher der europäischen Druckereien in Kairo behufs Herbeiführung des Aktstundentages in den Streit getreten sind, können die Zeitungen in europäischen Sprachen seit mehreren Tagen nicht erscheinen. Die Seher der autochthonen Zeitungen sind bisher dem Streit ferngeblieben.

### Zur Lage in Rußland.

(Telegramme.)

St. Petersburg, 21. Juni. In der Vormittagsitzung der Reichsduma wird über die Anträge, betreffend die allgemeine bürgerliche Gleichheit, beraten. Verschiedene Redner treten für gleiche Rechte für Frauen und Juden ein. Madjin führt aus, man müsse der Frau die Freiheit geben, bevor sie selbst sich ihr Recht mit Gewalt nimmt. Redner verlangt Abschaffung aller aus einer höheren Gesellschaftsstellung sich ergebenden Vorrechte und aller Privilegien des Adels. Graf Seyden erklärt sich bereit, für die bürgerliche Gleichheit einzutreten, es sei aber unmöglich, das gesetzgebende Rußland im Handumdrehen zu reformieren. Sewin erklärt, eine Judenfrage gäbe es nur in Rumänien. Die Verhandlungen dauern fort.

St. Petersburg, 21. Juni. Nach Blättermeldungen ist in verschiedenen Truppenteilen eine Gärung ausbrochen. In Sewastopol mußte ein ganzes Bataillon wegen Gehorsamsverweigerung entwaffnet werden. In Rjasan wurden die Offiziere gezwungen, das Lager zu verlassen. Die Soldaten weigerten sich, die Wachen zu beziehen; das Zeughaus wurde eingeschloßen. Der jetzt in St. Petersburg stehenden Kompanie des Regiments Wiborg wurden die aufgestellten Forderungen erfüllt, worauf die Mannschaften den Wachdienst wieder aufnahmen. Nach weiteren Zeitungsberichten ist die Lage in Livland höchst beunruhigend. In Rybinsk droht der Schiffsarbeiterausstand große Verwicklungen herbeizuführen. In Odessa verurteilte das Militärgericht drei Personen wegen Raubüberfall zum Tode durch Erschießen, befristete aber die Milderung des Urteils.

St. Petersburg, 20. Juni. In den Straßen waren Gruppen arretierter Matrosen sichtbar, die von Soldaten mit aufgespanntem Bajonett transportiert wurden. — In Kronstadt ist die Lage sehr ernst.

St. Petersburg, 21. Juni. Aus Rjasan wird der „Koff. Ztg.“ gemeldet, daß das dort stationierte Infanterieregiment gemeutet habe. Ein Offizier soll getötet, mehrere sollen verwundet sein. In der Stadt herrscht große Verwirrung und Bestürzung. Die Juden fliehen.

Warschau, 21. Juni. Das Kriegsgericht verurteilte 31 Israeliten wegen Ermordung von Polizisten zum Tode.

Moskau, 21. Juni. Wegen neuer Unruhen längs der Eisenbahnstrecke Rybinsk-Bologoje, einer Zweiglinie der Hauptstrecke Petersburg-Moskau, wurden die benachbarten Kreise in den Kriegszustand versetzt.

Helsingfors, 21. Juni. Gestern wurde im Prozeß gegen die wegen der Verabredung der hiesigen Filiale der russischen

Reichsbank Angeklagten das Urteil gefällt. Drei von ihnen wurden zu 9 Jahren und 5 Monaten Zuchthaus, zwei zu 9 Jahren Zuchthaus verurteilt. Gegen die beiden letzten wurde ferner Anklage wegen Mordes erhoben.

London, 20. Juni. Unterhaus. Der Liberale Stuart Samuel fragte an, ob der Staatssekretär Sir Edward Grey gewillt sei, bevor er irgendwelche Schritte unternommen werde, die Freundschaftsbände zwischen England und Rußland enger zu knüpfen, die russische Regierung über die Ansichten zu unterrichten, die das britische Volk über die Judenmorde hege. In Vertretung des Staatssekretärs erwiderte der Parlamentsuntersekretär Walter Russell, der Eindruck, der durch die Aufregungen und die Verluste an Menschenleben hervorgerufen und die Sympathie, die nicht nur in England, sondern überall für die Bedrohten geweckt worden sei, seien der russischen Regierung wohl bekannt. Es seien dies keine Angelegenheiten, bezüglich deren eine offizielle diplomatische Einmischung üblich und wünschenswert wäre.

New York, 21. Juni. Gestern Abend wurde in der hiesigen Synagoge eine jüdische Trauerversammlung aus Anlaß der Beerdigung in Bialystok abgehalten. In der Versammlung wurde ein Schreiben des Präsidenten Roosevelt zur Verlesung gebracht, in dem es heißt: „Ich werde mich über die Angelegenheit mit dem Staatssekretär Rusk besprechen. Sie wissen, wie sehr wir Ihre Gefühle teilen, wie ergriffen und entsetzt wir über das Vorgehen in Rußland sind. Sie wissen aber auch, daß es nahezu unmöglich ist, durch eine Intervention etwas anderes als Unheil anzurichten.“

### Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 21. Juni.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute mittag in Schloß Baden den Generalleutnant z. D. von Freudenberg. In der Frühstückstafel der Großherzoglichen Herrschaften nahmen Ihre Durchlauchten die Prinzessin Amelie zu Fürstberg und die Fürstin Dolensky teil.

Der Minister des Innern Dr. Schentel ist am 20. Juni von Berlin, wo er sich aus Anlaß der landwirtschaftlichen Ausstellung aufgehalten hatte, wieder nach Karlsruhe zurückgekehrt.

Der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats, Dr. Helbing, ist von der Eisenacher Kirchenkonferenz zurückgekehrt und hat seine Geschäfte heute wieder übernommen.

(Die Feier der goldenen Hochzeit des Großherzogspaars) wird auch von den Badenern, welche im Deutschen Reich und im Ausland anständig sind, festlich begangen werden. So haben sich u. a. in Berlin und Antwerpen bereits Festkomitees gebildet.

(Der Bürgerauschuss) genehmigte die Verträge betr. die Eingemeindung von Weiertheim, Ruppurr und Rintheim. Zur Bahnhoftfrage wurde einstimmig eine Resolution zugunsten des Stürgenerischen Bahnhoftprojektes angenommen. (Bericht folgt.)

(Aus der Sitzung der Strafkammer vom 19. Juni.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Eller. Vertreter der großh. Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Dr. Rudmann. — Um sich vor einer Verurteilung wegen Diebstahls zu schützen, hatte der Dienstmagd Georg Walter in Grünheim, Wohnort in Forzheim, den Dienstmagd Titus daselbst zu überreden versucht, als Zeuge vor dem Schöffengericht Forzheim auszugeben, nicht er (Walter), sondern ein Dienstmagd Namens Gertler habe den Diebstahl verübt. Titus war auch bereit, diesem Verlangen zu entsprechen und nur dem Eingreifen von Seiten des Vaters desselben wurde der Meineid verhindert. Walter hatte sich heute wegen Unternehmens der Verleitung zum Meineid unter Verrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft auf 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. — In den übrigen Fällen handelte es sich um Diebstähle.

(Aus dem Polizeibericht.) Heute früh gegen 7 Uhr ist unter dem Fußboden einer Wasserwerkstätte in der Vestingstraße auf noch nicht aufgekärte Weise ein kleines Feuer entzündet, das bereits gelöscht war, als die durch die Bereitigkeit eines Wehrzuges herbeigerufene dritte Kompanie der freiwilligen Feuerwehr eintraf. — Im Rheinbafengebiet ist gestern vormittag um 11 Uhr auf einem Kohlenlagerplatz dadurch ein kleiner Holzgruppen abgebrannt, daß Arbeiter in dem in dem Schuppen befindlichen Ofen Feuer machten, um ihre Kleider zu trocknen. Infolge Ueberzeugung ist vermutlich der Ofen zertrümmert und auf diese Weise der Schuppen in Brand geraten. Das Feuer wurde jedoch durch die auf dem Lagerplatz befindlichen Arbeiter gelöscht. Der Gebäudeschaden beziffert sich auf 400 M., der Fahrnißschaden auf ca. 180 M.

Heidelberg, 20. Juni. Die vereinigte evangelische Diözesansynode Heidelberg-Mannheim hielt gestern in Anwesenheit von gegen 40 Geistlichen u. weltlichen Abgeordneten ihre kirchlichen verfassungsmäßige diesjährige Synode in der Concordienkirche in Mannheim ab. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden, Dekan D. König erstattete Stadtpfarrer Hühig den Bericht über die Mannheim, der Vorsitzende denjenigen über die Heidelberg kirchlichen Verhältnisse. Eine unerwartete Vereinerung erfuhr die Tagesordnung durch die von Geh. Rat Professor Dr. iur. Schröder Heidelberg ausgehende Anregung zu einer Aussprache über den fakultativen Gebrauch des Apokryphums bei Konfirmation und Taufe. Die Frage wurde für die nächstjährige Synode zurückgestellt. Ein Widerspruch gegen die Reform wurde in Prinzip nicht erhoben. Ebenso wird die Synode die Reform der Abendmahlsfeier (Einführung des Einzelbrottes) weiter verfolgen und von neuem mit einer hierauf bezüglichen Anfrage sich an die Oberkirchenbehörde wenden. Endgültig wurde die Trennung der einen Diözese in zwei getrennte, Heidelberg und Mannheim, zur Besprechung. Ihre Notwendigkeit wurde, wenn auch mit Bedauern, anerkannt.

Redargemünd, 21. Juni. Der auf zwei Tage berodnete 38. Verbandstag der Unterbadischen Kreditgenossenschaften nahm gestern seinen Anfang. Am Dienstag Abend hatte Empfang am Bahnhof und gefellige Zusammenkunft im Hotel Kredell, am Mittwoch vormittag



... im „Anker“ stattgefunden. Der stellvertretende Verbandsdirektor, Herr Schäfer-Baden, eröffnete mit einer Begrüßungsansprache die Verhandlungen. Als Vertreter der Stadt Badenergründ begrüßte Herr Bürgermeister Heg die Gäste. Herr Oberamtmann Hebling sprach namens des Großh. Ministeriums des Innern den Dank des Landes für die Einladung, nebst dem Wunsch aus, die Verhandlungen möchten einen guten Verlauf nehmen. Die Großh. Staatsregierung sei sich der hohen volkswirtschaftlichen Bedeutung der Bestrebungen der Genossenschaften wohl bewußt. Die Herr Geheimen Regierungsrat Kron-Karlstraße hinzugefügt, verspricht sich die Regierung bei ihrer durch Vermittlung des Landesgewerbeamtes der Förderung des Handwerks gewidmeten Fürsorge Fortschritte von dem Zusammenwirken der badischen Handwerker-Genossenschaften mit dem Verbands der Kreditgenossenschaften als einem Finanzinstitut, um dadurch Geldgeschäfte abwickeln zu können. Weiter wünscht den Genossenschaften schönes Gedeihen. Der Verband unterbadischer Kreditgenossenschaften zählt, wie aus dem Bericht der derzeitigen Verbandsleitung hervorgeht, am 1. Januar 1906 48 Vereine mit 45 404 Mitgliedern und einer Vermehrung von 1882 Mitgliedern. Aus der Statistik ist zu entnehmen: Die Summe der gegebenen Kredite betrug 1905 212 497 851 gegen 201 682 797 M. im Vorjahre, also 10 815 054 M. mehr. Der Reingewinn beträgt 1 370 084 M. gegen 1 288 801 M. im Vorjahre. Der Reservefonds betrug 452 001 M. Nach längerer Beratungen fand um 4 Uhr ein Festessen im Hotel zur Pfalz, abends ein Bankett im Gasthaus zur Hofe statt.

Baden, 20. Juni. Am letzten Sonntag hielt der Verein badischer Lehrerinnen im Lehrerbinnenheim in Lichthal seine 19. ordentliche Generalversammlung ab, welche von der Vorsitzenden Frau M. Schmidt geleitet wurde. Präsesin Fr. Keller erstattete den Bericht über die Jahresrechnung und Frau M. Müller denjenigen über den Stand der Krankenkasse. Beide Rechnungen wurden geprüft und für richtig befunden. Nunmehr erstattete Frau M. Klein den Bericht über die deutsche Lehrer-Versammlung in München und Johann wurde über einen Antrag des Vorstandes, betreffend eine Gruppenbildung technischer Lehrerinnen, beraten, welcher nach längerer Debatte mit großer Majorität Annahme fand. Es folgte dann ein Vortrag von Frau M. Marie Kugel, Hauptlehrerin in Mannheim, über das Thema „Die Aufgabe der Lehrerin in den Oberklassen“. Nachdem die Vorschläge abgelesen waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Vom Bodensee, 20. Juni. Der Verfasser und Leiter des Bodentwiefelspiels, Direktor Rud. Lorenz, ist von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog mit folgendem Handschreiben beehrt worden:

Bergrüßung Herr Rudolf Lorenz!  
Ihr werkes Schreiben vom Singen vom Bodentwiefel vom 9. Juni mit der Druckschrift „Unter der Reichsturnsahne“ habe ich gestern den 12. hier auf Schloß Baden erhalten. Dafür Ihnen alsbald zu danken, ist mir eine sehr werthe Pflicht, aber auch eine besondere Freude. Der warme Ausdruck Ihres Begleitens hat mich tief gerührt, da Sie mir Gefühle und Bemerkungen fundgeben, die mein nationales Empfinden bewegen, und mir zeigen, daß Ihr Streben ein hohes patriotisches Ziel verfolgt. Ich begrüße Ihre Absichten recht freudig und verspreche mir von Ihrem Festspiel die schönsten Erfolge. Die Einwirkung der Darstellung so bedeutungsvoller, historischer Ereignisse auf größere Kreise der Bevölkerung kann nur sehr günstig sein. Die Größe der Vergangenheit führt naturgemäß zur richtigen Erkenntnis der Gegenwart und solche Vergleiche sind ein vorzügliches Mittel, dem nationalen Gedanken den Weg zu Herz und Geist zu öffnen. Ich freue mich, Ihre Dichtung näher kennen zu lernen und hoffe, daß Sie durch noch recht häufige Darstellungen Ihrer Arbeit weitere Befriedigung erleben möchten.  
Schloß Baden, den 13. Juni 1906.

Ihr ergebener  
(gez.) Friedrich.

kleine Nachrichten aus Baden. Für das Wunzen-Denkmal in Hebelberg haben die Sammlungen bis jetzt 47 128 M. ergeben. — Der 7 Jahre alte Knabe Gustav Bogel fiel unterhalb der neuen Brücke in Hebelberg in den Neckar und ertrank. — Die Glasergewerkschaft in Hebelberg haben die Kündigung eingereicht, da die Meister ihre Forderungen ablehnten. — Der Bürgerausschuß in Pforzheim bewilligte 353 200 M. zum Bau eines neuen Schulgebäudes für die höhere Mädchenschule und 135 000 M. zur Ergänzung der Wasserleitungsanlage am unteren Friedrichsberg. — Nachdem nunmehr die Genehmigung des Ministeriums zur Annahme der Stiftung eines Altersheims für Invaliden der Arbeit, welche von Vordirektor August Kasper erreicht wurde, eingetroffen ist, wollte der Stadtrat in Pforzheim durch eine Deputation dem Stifter seinen Dank aussprechen. Da aber Vordirektor Kasper inzwischen schwer erkrankt ist, hat auf Antrag des Oberbürgermeisters der Stadtrat seinen Dank durch ein Schreiben ausgedrückt. Im Allgemeinen befinden sich die Erkrankten in eine Besserung eingetreten. — Der Spielereis in Pforzheim ist beendet. Es wurde ein Stundenlohn von 80 Pf. vereinbart. — Die Fremdenverkehrsquote beträgt in Baden-Baden 27 350, in Badenweiler 1770. — Aus Birmersbach im Murgtal wird berichtet: Am Sonntag vormittag 12 Uhr kam der nördliche Stollen des Kanaltunnels durch härtestes Gestein in einer Länge von 840 Metern zum Durchschlag, an dem für die neue südliche Fabrik Wolschlag seit 7 Monaten gearbeitet wird und dessen südlicher Durchschlag in ca. 4 Wochen ebenfalls erfolgen wird. Die unternehmende Wolschlag Agrira unternahm diese Arbeiten mit den neuesten Bohrvorrichtungen bei elektrischem Betriebe. Der ganze unterirdische Kanal erhält eine Länge von 1400 Metern, beginnt unterhalb Forbach und liefert in seiner Wassermenge eine Kraftmenge von ungefähr 4500 Pferdekraften. — Im Studienjahre 1905/06 haben an der Freiburger Universität 149 Doktorpromotionen stattgefunden. — Der Landesverband der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen hält in Lörrach am 1. Juli seine Landesversammlung ab. — In Bergalingen (Ant Waldshut) kam der 17jährige Sohn des Landwirts Ludwig Thoma beim Gantieren am Wehstuhl dem elektrischen Strom zu nahe, der ihn sofort tötete. — In Schönwald (Schwarzwald) schlug der Blitz in das Haus des Wirths Julius Koller und tötete die unter der Haustür stehende 17 Jahre alte Tochter. — Die Pläne für die Wiederherstellung des Bilingen Münsters sind nun von allen in Betracht kommenden Stellen genehmigt, so daß mit dem Bau, der auf drei Jahre berechnet ist, demnächst begonnen werden kann. Die Kosten des Baues sind auf 290 000 M., des Geräthes auf 35 000 M. veranschlagt. — Der Blitz schlug in das Anwesen der Witwe Gitscher in Neffels, welches samt Futter- und Getreidevorräten ein Raub der Flammen wurde. Auch die Fahrnisse sind vernichtet, während das Vieh gerettet werden konnte. Frau Gitscher ist mäßig versichert. Der Schaden beträgt etwa 20 000 M. — An einer Herzlähmung starb in Konstanz plötzlich im 48. Lebensjahre Kaufmann Hans Arnold, einer der Hauptkreditgeber und im Reporterdienst gewandtesten (Amateur-) Journalisten der Seegegend. Arnold war eine beliebte Persönlichkeit. — Das 5½ Jahre alte Söhnchen des Neumanns Krieg-

auf in der Salina (bei Meersburg) fiel in den See und ertrank. Die Leiche konnte bereits gelandet werden. — Die Zahl der in diesem Jahre über die Badische Grenze eingewanderten Italiener soll über 60 000 betragen.

Landwirtschaftliche Besprechungen und Versammlungen.  
Landwirtschaftliche Besprechungen. Am Sonntag den 24. Juni in Furtwangen und Grafenhausen.  
Generalversammlungen der Kreditvereine usw. Am Sonntag den 24. Juni in Epsenbach; am Sonntag den 1. Juli in Schatthausen.  
Generalversammlungen der Orts-, Konsum- und Abfallvereine usw. Am Sonntag den 24. Juni in Dill-Weihenheim und Schönen; am Sonntag den 1. Juli in Kirchheim bei Heidelberg und Heiligkreuzthal.  
Generalversammlung der Molkerei Schweningen. Am Sonntag den 24. Juni in Schweningen.  
Generalversammlung der Jugendgenossenschaft Lahr. Am Sonntag den 24. Juni in Jochenheim.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

\* Kiel, 21. Juni. Um 4¼ Uhr nachmittags lief gestern der kleine Kreuzer „Leipzig“ mit Seine Majestät dem Kaiser in den Kriegshafen ein. Das Kaiserjacht „Samburg“ lief um Stagen herum kommend bereits um 3¼ Uhr in den Hafen ein.  
\* Kiel, 21. Juni. Heute morgen halb 10 Uhr begab sich Seine Majestät der Kaiser von der „Samburg“ nach der Militärakademie. Auf der Freitreppe der Akademie nach der Gartenseite wurde die Bronzestatue des verstorbenen Admirals à la suite des Seoffizierkorps Stojch enthüllt und von dem Kaiser dem Inspekteur des Bildungswesens der Marine, Admiral v. Arnim, übergeben. Anwesend waren dabei der Hauptmann a. D. v. Stojch, Frau verwitwete Admiral, Freifrau v. Hollen und Oberleutnant z. D. Freiherr v. Hollen.  
Heute vormittag 9 Uhr begannen auf dem Kieler Hafen das zweite interne Wettfahren von Kriegsschiffen. Das Wetter ist schön.  
\* Wien, 21. Juni. Seine Majestät Kaiser Franz Josef hat heute vormittag die Reise nach Reichenberg i. Böhmen angetreten.

\* Paris, 21. Juni. Aus Algier wird berichtet, daß daselbst heute morgen der von Hamburg kommende deutsche Dampfer „Kanzler“, an dessen Bord sich 21 Offiziere und 140 Mannschaften der deutschen Kriegsmarine befanden, eintreffen werde. Auf Erlaß des deutschen Konsulates hat die Militärbehörde die Erlaubnis erteilt, daß die deutschen Soldaten in Uniform an Land gehen dürfen. Der Truppentransport ist für Deutsch-Ostafrika bestimmt.  
\* Paris, 21. Juni. Aus Rom wird gemeldet, daß die Ernennung von 6 oder 7 französischen Bischöfen bevorsteht. Der Papst hat die Ernennung auf Grund der vom französischen Episkopat vorgelegten Listen vollzogen.  
\* Drontheim, 21. Juni. Seine königliche Hoheit Prinz Heinrich von Preußen ist heute vormittag 11 Uhr an Bord des Kriegsschiffes „Prinz Adalbert“ hier eingetroffen.

\* Manila, 20. Juni. Auf der Insel Lehte ist die Polizeistation Bureau von 300 Eingeborenen angegriffen worden, welche von der amerikanischen Polizeitruppe 5 töteten, 5 verwundeten und die übrigen gefangen nahmen.

\* Peking, 21. Juni. Der französische Gesandte bezeichnet die Bedingungen des Uebereinkommens wegen der jüngsten Niederermelung von Missionären in Nanjing. Frankreich erhält eine Entschädigung von 200 000 Taels, das ist die Hälfte von dem, was es ursprünglich gefordert hatte.

### Verschiedenes.

\* Altona, 21. Juni. Ein Automobil überfuhr den Hamburger Ueberländer Weg, der tödlich verlegt wurde. Das Automobil fuhr davon, und ist bisher noch nicht festgesetzt worden.  
\* Leipzig, 21. Juni. Der Leipziger Rat beschloß, den Stadtverordneten eine Reform des Wahlrechts auf der Grundlage des Berufswahlrechts nach dem Chemnitzer Muster vorzuschlagen.  
\* Kaiserslautern, 21. Juni. Die „Pfalz. Presse“ meldet aus Saargemünd: Durch Großfeuer wurde die größte reichslandische Walzenmühle Albrecht bei Benfeld vollständig eingeeäschert. Die Ursache des Brandes ist unbekannt.  
\* Pasewalk, 21. Juni. Heute nachmittag brach in der Pasewalkstraße im Ferdinandshof Feuer aus, das sich mit so großer Schnelligkeit ausbreitete, daß bereits nach zwei Stunden 25 Wohnhäuser und 30 bis 40 Nebengebäude niedergebrannt waren, ohne daß es gelungen wäre, der Feuersbrunst Einhalt zu tun.  
\* Genf, 20. Juni. Die dritte Kommission der Konferenz zur Revision der Genfer Konvention widmete die geistige Vormittagssitzung der Prüfung der letzten Artikel ihres Programms. Sie kam zunächst auf die wichtigen Fragen der militärischen und sanitären Formationen zurück und unterschied namentlich zwischen mobilen und immobilen Formationen. Sie bestimmte ferner die bezüglich der mobilen Formationen zu beachtenden Bestimmungen und stellte genaue Regeln für die Rückgabe des Personals und Materials gefangener mobiler Formationen fest. Endlich unterzog sie die Behandlung des Materials anerkannter und autorisierter Privathilfsgesellschaften einer eingehenden Prüfung. — Gestern nachmittag verhandelte die vierte Sektion neuerdings über die gesetzgeberischen Maßnahmen zur Unterdrückung der widerrechtlichen Aneignung und des Mißbrauchs von Abzeichen und Benennungen des Roten Kreuzes. Sie behandelte ferner die Frage der Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen die Genfer Konvention, das Verfahren zur Schlichtung von Streitigkeiten bezüglich der Anwendung der Konvention und über die besten Mittel zur Verbreitung der Konvention. Schließlich stellte sie Grundregeln fest für die Behandlung der Bewohner des Kriegsschauplatzes, um den Verwundeten Hilfe zu bringen und Unterkunft zu gewähren. Ferner wurde eine einheitliche Regel betreffend das Tragen der Binde am linken Arm angenommen.  
\* Budapest, 21. Juni. Die hiesige Polizei entdeckte bei einem Händler 8 Stücke des wertvollen Porzellan-Service,

das der dänischen Königsfamilie vor zwei Jahren aus dem Schloß Rosenborg gestohlen wurde. Der Händler gibt an, daselbe bei einem Händler in Berlin für 1000 M. gekauft zu haben.

\* Paris, 21. Juni. Das irländische Nationalkomitee richtete an den französischen Minister des Aeußeren ein Schreiben, in welchem erklärt wird, daß das irische Volk gegen die im Jahre 1907 in Dublin stattfindende internationale Ausstellung, zu deren Besichtigung die fremden Regierungen eingeladen wurden, Einspruch erhoben hat, weil die Ausstellung den irländischen Interessen zuwiderlaufe. Gleiche Protestschreiben wurden auch an die Regierungen gefandt.

\* Paris, 21. Juni. Im Bahnhof von Argenteuil bei Paris traf heute nacht ein Militärzug ein. Zwei Offiziere, die Leutnants Gilmann und Mageau, betreten das Geleise, als plötzlich ein Nachtzug einfuhr. Gilmann wurde getötet, der andere Offizier schwer verletzt.

\* Lens, 20. Juni. Bis heute sind 902 Leichen von den beim Grubenunglück von Courrières umgekommenen Bergleuten zutage gefördert worden.

\* London, 21. Juni. Die deutschen Pressevertreter, die gestern nachmittag hier eintrafen, wohnten im His Majesty's Theatre der Vorstellung bei.

\* Mailand, 21. Juni. Auf dem Bahnhof in Pisa wurde ein Anarchist, namens Scaramelli, festgenommen.

\* Newyork, 21. Juni. Bei dem neuen Castriber Pennsylvania-Tunnelbau ist infolge zu starken Drucks durch komprimierte Luft die Schutzdecke der Luftkammer weit auseinandergerissen. Von den im Tunnel anwesenden 30 Arbeitern wurden 2 getötet.

### Industrie, Handel und Versicherungswesen.

\* Deutsche Lebensversicherungs-Vant, Aktiengesellschaft in Berlin. In den ersten 5 Monaten des Jahres 1906 waren im ganzen 2629 Anträge mit einer Versicherungssumme von 6 391 790 M. zu bearbeiten gegen 2629 Anträge mit einer Versicherungssumme von 5 032 090 M. im gleichen Zeitraum des Jahres 1905. Neu ausgestellt wurden 2369 Policen über 5 434 590 M. Versicherungssumme gegen 2337 Policen mit 4 473 090 M. im Jahre 1905. Hiervon entfallen 856 Policen mit einer Versicherungssumme von 3 177 700 M. auf die Lebensversicherung gegen 551 Policen mit 1 768 509 M. Versicherungssumme im Jahre 1905. Der Versicherungsbestand hat am 31. Mai die Höhe von 87½ Millionen erreicht.

### Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.  
Dienstag, 26. Juni. 31. Vorst. außer Ab. Einmaliges Gesamtgastspiel Weimarer Hofchauspieler: „Die andere Hälfte“, Schauspiel von Franz Waibel.

Vorverkauf an Abonnenten: am Donnerstag den 21. Juni, nachm. 3-5 Uhr; Reihenfolge A, B, C. Allgemeiner Vorverkauf von Freitag den 22. Juni, vorm. 9 Uhr, an.

Im Theater in Baden.  
Samstag, 23. Juni. 11. Vorst. außer Ab. Einmaliges Gesamtgastspiel des Münchener Volkstheaters: „Sherlock Holmes“, Detektivkomödie in 4 Akten nach Conan Doyle und Gillette von Albert Bozenhard.

Mittwoch, 27. Juni. 12. Vorst. außer Ab. Einmaliges Gesamtgastspiel Weimarer Hofchauspieler: „Die andere Hälfte“, Schauspiel von Franz Waibel.

### Wasserstands-Nachrichten.

Eingelaufen: Mittwoch den 20. Juni, nachmittags.  
Eng. Pforzheim: Gestern vormittag 12 Uhr 119 Zentimeter, heute nachmittag 5 Uhr 30 Minuten 152 Zentimeter; gestiegen 33 Zentimeter; steigt.

Eingelaufen Donnerstag den 21. Juni, vormittags.  
Eng. Pforzheim: gestern nachmittag 5 Uhr 50 Min. 152 Zentimeter, heute früh 8 Uhr 5 Min. 137 Zentimeter, gefallen 15 Zentimeter; fallend. Höchster Stand gestern abend 7 Uhr 30 Min.: 158 Zentimeter.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 21. Juni 1906.

Der Kern des Hochdruckgebietes liegt heute noch über der westlichen Hälfte Mitteleuropas, doch hat er sich weiter ostwärts ausgedehnt und das Minimum, das gestern über Oberitalien gelegen war, ist verschwunden; im westlichen Deutschland hat es deshalb aufgeklimmt. Vorwiegend heiteres und wärmeres Wetter mit hellenweissen Gewittern ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 21. Juni 1906, früh.

Lugano wolkenlos 21 Grad; Biarriz halbbedeckt 18 Grad; Nizza halbbedeckt 25 Grad; Triest heiter 25 Grad; Florenz wolfig 21 Grad; Rom bedeckt 20 Grad; Cagliari wolkenlos 19 Grad; Brindisi wolkenlos 22 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Juni	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Feuchtigkeit in mm	Wind	Himmel
20. Nachts 9 <sup>00</sup> U.	759.4	16.7	13.3	94	R	heiter
21. Morgs. 7 <sup>00</sup> U.	759.8	15.5	12.5	96	R	bedeckt
21. Mittags 2 <sup>00</sup> U.	758.2	23.5	10.6	90	W	wolfig

Höchste Temperatur am 20. Juni: 21.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 12.5.

Niederschlagsmenge des 20. Juni: 1.3 mm.

Wasserstand des Rheins am 21. Juni, früh: Schutterinsel 3.33 m, gestiegen 18 cm; Rehl 3.39 m, Stillstand; Wagan 5.15 m, gestiegen 10 cm; Mannheim 4.98 m, gestiegen 15 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.  
Druck und Verlag:  
G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

## Anzeigen

finden weiteste Verbreitung  
in der über ganz Baden  
gleichmäßig verteilten  
Karlsruher Zeitung.



## Todes-Anzeige.

Ich erfülle die traurige Pflicht, die Mitglieder des Vereins badischer Bahnhofwirte von dem heute früh 1/2 6 Uhr erfolgten Ableben unseres Mitgliedes und Mitbegründers

# Herrn Ferdinand Keller

Bahnhofwirt in Bruchsal

in Kenntnis zu setzen.

Karlsruhe, den 21. Juni 1906.

A. A.

**Karl Stelzer**  
Vorstand der Bahnhofwirte.

Die Beerdigung findet am Samstag nachmittag 4 Uhr in Bruchsal statt.

B'126

## Todes-Anzeige.

Heute verschied nach kurzem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Grossvater, Bruder und Onkel

# Herr Ferdinand Keller

Bahnhofrestaurateur  
Inhaber des Zähringer Löwenordens  
im Alter von 70 Jahren.

Bruchsal, den 21. Juni 1906.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Mathilde Keller geb. Schmuck.  
Mathilde Genzken geb. Keller.  
Fritz Genzken.

Beerdigung: Samstag nachmittag 4 Uhr. B'218

Innigen Dank für die grosse herzliche Teilnahme an unserem schweren Leid.

Heidelberg, den 20. Juni 1906.

Frau Marie Trunzer und Kinder.

B'191

## Deutsche Lebensversicherungsbank

Aktien-Gesellschaft in Berlin NW.  
Subdirektion Karlsruhe, Schlossplatz 7.

Dieselbe schliesst unter günstigen Bedingungen Lebensversicherungen, Militärdienst-, Aussteuer-, Alters- und Töchter-Versicherungen.

Die Versicherungen sind nach einem Jahr unanfechtbar. — Coulaenteste Bedingung. — Prospekte versendet franko und jede Auskunft erteilt bereitwilligst.

Die Direktion.

## Bürgerliche Rechtsstreite.

Öffentliche Zustellung einer Klage.  
B'190.21 Nr. 28895. Pforzheim.  
Der Steuergent Eduard J. Adler in Pforzheim, Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Weil hier, klagt gegen den Moriz Abrahamsohn, früher zu Berlin, s. Zt. an unbekanntem Ort, aus Wechselaktzept vom 20. Oktober 1906 mit dem Antrage auf vorläufig vollstreckbare Beurteilung des Beklagten zur Zahlung von Mk. 185 nebst 6% Zins vom 31. März 1906, 1/2% Provision und Mk. 8 Wechselkosten samt verbindlich mit Stigmund Meyer hier und Tragung der Kosten des Rechtsstreits.

Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Groß. Amtsgericht zu Pforzheim auf  
Donnerstag den 16. August 1906, vormittags 9 Uhr.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Pforzheim, den 20. Juni 1906.  
Gerichtsschreiber Groß. Amtsgerichts.  
Bohrer.

## Aufgebot.

B'10.22. Nr. 6087. Kenzingen.  
Auf Antrag der Ehefrau Gustaf Adolf Schulz, Marie geb. Brand in Leffelheim, werden die Rechtsnachfolger der verstorbenen Katharina und Christina Brand des Georg Jakob in Kenzingen, zuletzt wohnhaft gewesen in Kitzingen b. M. Malterdingen, welche als Miteigentümer des Grundstücks A. B. Nr. 6330 der Gem. malterdingen im Grundbuch Wohl eingetragen sind, aufgefordert, ihre Rechte an dem genannten Grundstück spätestens bis zu dem auf  
Dienstag den 16. Oktober 1906, vormittags 10 Uhr, bestimmten Aufgebotstermin anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

Kenzingen, den 9. Juni 1906.  
Groß. Amtsgericht.  
gez. Straub.

Dies veröffentlicht  
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.  
Boos.

## Konkursverfahren.

B'193. Nr. 9393. Achern. Im Konkursverfahren über den Nachlaß der Witt Friedrich Walter von Wwe. Auguste geb. Knapp in Rappelsdorf ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussver-

zeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen der Schlußtermin bestimmt auf

Dienstag den 3. Juli 1906, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Achern, den 19. Juni 1906.  
Gerichtsschreiber Groß. Amtsgerichts.  
Christ.

B'194. Nr. 18839. Baden. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Seiler & Schreiber, Baugeschäft in Baden, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin anberaumt auf  
Montag den 9. Juli 1906, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, Baden, den 18. Juni 1906.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.  
Mart.

B'195. Nr. 9760. Bühl. 1. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Polizeidieners Johann Meier von Mischweiler wird auf Antrag des Konkursverwalters, Rechtsagent Christ in Bühl, die Berufung einer Gläubigerversammlung angeordnet zwecks Beschlussfassung, ob die Berufung gegen das unterm 28. Mai 1906 im Anfechtungsprozesse des Konkursverwalters gegen Otto Meier ergangene Urteil des Groß. Amtsgerichts Bühl durchzuführen werden soll.

2. Termin hierzu wird bestimmt auf Samstag den 30. Juni 1906, vormittags 9 Uhr, Bühl, den 2. Juni 1906.  
Groß. Amtsgericht.  
gez. Dr. Diebold.  
Dies veröffentlicht  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.  
Hünninger.

## Konkursverfahren.

B'196. Nr. 5039. Freiburg. Über das Vermögen des Gastwirts Karl Frey, Saalbau Wieth, in Freiburg i. Br. wurde heute am 19. Juni 1906, nachmittags 6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsagent Kunz dahier ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 12. Juli 1906 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des Verwalters oder die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigeranwaltes und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf  
Donnerstag den 19. Juli 1906, vormittags 9 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf  
Donnerstag den 26. Juli 1906, vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 12. Juli 1906 Anzeige zu machen.

Freiburg, den 19. Juni 1906.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts III.  
Möhr.

## Konkursverfahren.

B'197. Nr. 17011. Vörsach. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Holzhändlers Emil Weil in Vörsach ist nach Abhaltung des Schlußtermins und nach Vollzug der Schlußverteilung aufgehoben worden.  
Vörsach, den 18. Juni 1906.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:  
Blum.

## Strafrechtspflege.

Labung.  
A'981.33. Emmendingen. Der am 28. November 1877 zu Rindringen geborene, zuletzt in Rindringen wohnhaft gewesene ledige, evangelische Zimmermann

Wilhelm Schöcklin wird beschuldigt, daß er als Ersahreferent ohne Erlaubnis ausgewandert ist.

Uebertretung gegen § 360 Ziffer 3 R.-St.-G.-B.

Derselbe wird auf Anordnung des Groß. Amtsgerichts auf  
Dienstag den 4. September 1906, vormittags 8 1/2 Uhr, vor das Groß. Schöffengericht in Emmendingen zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Königl. Bezirkskommando in Vörsach ausgestellten Erklärungen verurteilt werden.  
Emmendingen, den 8. Juni 1906.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.  
Emig.

B'134.32. Nr. 7556 VIII. Karlsruhe. Der am 22. Oktober 1867 in Böllersbach, Amt Ettlingen, geborene, zuletzt in Karlsruhe, Kirchstraße 89, wohnhaft gewesene Bäcker

August Philipp Rabold wird beschuldigt, als Landwehrmann der Infanterie II. Aufgebots ausgewandert zu sein, ohne von der bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben.

Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.

Derselbe wird auf Anordnung des Groß. Amtsgerichts auf  
Dienstag den 31. Juli 1906, vormittags 8 Uhr,

vor das Groß. Schöffengericht in Karlsruhe, Akademiestr. 2 A, 2. Stock, Zimmer Nr. 10/12, zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Königl. Bezirkskommando in Vörsach ausgestellten Erklärung verurteilt werden.  
Karlsruhe, den 16. Juni 1906.

Volpert,  
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

## Labung.

B'109.32. Nr. 29111 II. Mannheim. Christian Heinrich Trumpp, geb. am 13. Mai 1874 zu Leidenstadt, Bäcker, zuletzt wohnhaft in Mannheim, zurzeit unbekannt wo, wird beschuldigt, daß er als beurlaubter Referent ohne Erlaubnis ausgewandert ist.

Uebertretung gegen § 360 Ziff. 3 R.-St.-G.-B.

Derselbe wird auf Anordnung des Groß. Amtsgerichts — Nr. 9 — hier selbst auf:

Mittwoch den 1. August 1906, vormittags 8 1/2 Uhr, vor das Groß. Schöffengericht hier zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 Abs. 2 u. 3 R.-St.-G.-B. von dem Bezirkskommando Mannheim ausgestellten Erklärung vom 28. Mai 1906 verurteilt werden.

Mannheim, den 12. Juni 1906.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 9:  
Grabenstein.

## Bermischte Bekanntmachungen.

Beim Notariat in Ettlingen ist die auf 1. Juli d. J. errichtete Stelle eines **Maschinenchreibers** auf diesen Zeitpunkt zu belegen.

Maschinenchreiberinnen, die womöglich bereits bei einer Behörde beschäftigt waren, wollen sich unter Vorlage von Zeugnissen umgehend melden.  
Die Anfangsvergütung beträgt jährlich 600 M., Erhöhung derselben in zweijährigen Fristen bis zum Betrage von 1200 M. und spätere Verteilung der Beamteneigenschaft nicht ausgeschlossen.  
A'898.32

## Arbeitsvergebung.

Für die Erweiterungsarbeiten der Bahnanlagen in Badenweiler, bestehend aus dem Bäderanbau an das Marmorbad und einem Maschinenhaus, sollen nachbezeichnete Bauarbeiten vergeben werden: A'898.33

1. Erd- und Grabarbeiten,
2. Hof- und Gartenherstellung,
3. Mauerarbeiten und Betonarbeiten,
4. Eisenbetonarbeiten,
5. Steinhauerarbeiten:  
a. Granit,  
b. Sandstein, helles Material,
6. Zimmerarbeiten.

Zeichnungen, Bedingungen und Massenberechnungen liegen vom 11. Juni 1906 ab täglich bis zum 25. Juni 1906 auf dem **Baubureau** in Badenweiler im Bäderverwaltungsbüro, ehemalige Pension Reinhardt, zur Einsicht auf, wofür auch die Angebotsformulare abgegeben werden. Die Unterlagen für die Eisenbetonarbeiten und Steinhauerarbeiten können auch in Karlsruhe, Schloßplatz Nr. 19, im Baubureau eingesehen werden. Angebote sind bis zum

28. Juni d. J., vormittags 10 Uhr, verschlossen und mit der genauen Zeichnung der Arbeit und der Gebäude, für welche das Angebot abgegeben ist, portofrei an das Baubureau für den Bäderbau in Karlsruhe, Ministerium des Innern, Schloßplatz Nr. 19, einzureichen, wofür auch zur oben bezeichneten Zeit die Eröffnung der Angebote im Beisein eines erschienenen Bewerber stattfindet. Zuschlagsfrist beträgt 4 Wochen.

Karlsruhe, den 5. Juni 1906.  
Die Bauleitung für den Bäderbau in Badenweiler.

## Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Die Ausführung folgender Bauarbeiten zur Verlegung der Güterhalle und Verlegung des Stallgebäudes auf der Station Wittighausen soll vorbehaltlich der Genehmigung dieser Ausführung durch die Landstände, vergeben werden.

1. Erd- und Maurerarbeit (beil. 134 ehm Bruchsteinmauerwerk),
2. Zimmerarbeit (beil. 7 ehm neues Holz),
3. Blechenerarbeit,
4. Schreinerarbeit,
5. Schlosserarbeit,
6. Anstreicherarbeit.

Pläne und Bedingungen, sowie Arbeitsverzeichnisse, in welche die Bewerber die Einzelpreise selbst einzutragen haben, liegen auf meinem Hochbau-bureau während der üblichen Dienststunden an Wochentagen auf.

Angebote sind bis **Donnerstag den 5. Juli d. J., vormittags 10 Uhr**, portofrei, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, einzureichen.

Verhand der Pläne und Bedingungen nach auswärts findet nicht statt. Zuschlagsfrist 2 Wochen. B'188

Carlsruhe, im Juni 1906.  
Der Gr. Bahnbauinspektor.

## Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Wir haben öffentlich zu vergeben die Lieferung von

**Getreide**, als 160 t Weiz-, Weizen- und Samen-, 1000 t Mineralasbest für falltaufende Maschinen, 250 t Gassi, 1200 t Erbsen, 350 t Puschel, 20 t Terpentinöl, fernes gereinigtes, 90 t Weizen, 10 t Talg, 4 t Kernseife und 25 t Schmirselfe.

Angebote sind schriftlich verschlossen und mit der Aufschrift „**Verdingung 13. Juni 1906**“ versehen, spätestens **Freitag den 13. Juli 1906, vormittags 10 Uhr**, bei uns einzureichen. B'215.3.1

Die Lieferungsbedingungen und der Angebotsbogen werden auf **portofreie Anfrage** von uns abgegeben. Die Zuschlagsfrist ist auf **4 Wochen** festgesetzt.

Karlsruhe, den 16. Juni 1906.  
Groß. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.

## Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

**Verdingung.**  
Die Herstellung einer Wasserleitung in der Werkhallenstraße im Zentralgüterbahnhof Mannheim soll im Wege öffentlichen Ausschreibens vergeben werden.

Bedingnisheft, Lageplan sowie Angebotsformulare liegen auf meinem Bureau, Zimmer Nr. 76, zur Einsichtnahme auf.

Angebotsformulare werden gegen post- und befreifreie Zufendung von 50 Pf. abgegeben. B'217.3.1

Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis zum Eröffnungstermin am 30. Juni d. J., vormittags 11 Uhr, bei mir einzureichen.

Mannheim, den 16. Juni 1906.  
Bahnbauinspektor.

## Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit Wirkung vom 25. Juni 1906 wird die Station Freiburg Süd in den Badischen Tarif sowie in den Tarif Badische Staatsbahnen-Badische Nebenbahnen im Privatbetriebe aufgenommen.

Mähere Auskunft erteilen die Dienststellen.  
Karlsruhe, den 21. Juni 1906.  
Groß. Generaldirektion.